

Antrag

Klimaschutz



Heinz-Jürgen Michel, Bassumer Str. 17 a, 28857 Syke, michel@gruene-syke.de

Der Rat der Stadt Syke möge beschließen:

Antrag 1: Klimaschutzkonzept

Die Stadt Syke stellt ein Klimaschutzkonzept auf – mit dem Ziel, bis 2030 klimaneutral zu werden. Dabei werden Zwischenziele definiert, über die jährlich zu berichten ist. Werden Zwischenziele nicht erreicht, wird der Rat kurzfristig darüber beraten und zusätzliche Maßnahmen beschließen.

Antrag 2: Öffentlichkeitsbeteiligung und -arbeit

Die Bevölkerung ist in die Ausarbeitung des Klimaschutzkonzepts einzubinden, z.B. durch eine Ideenbörse.

Es wird ein Preis ausgelobt für städtische Einrichtungen mit besonders niedrigem Strom- und Wärmebedarf.

Der Rat und die Öffentlichkeit werden jährlich in einem Klimabericht über den Umbau der städtischen Gebäude und den Erfolg der Beratungen bei den Bürgerinnen und Bürgern informiert.

Antrag 3: Aufklärung und Beratung

Es gibt eine Kampagne, um Bürgerinnen und Bürger zum Energiesparen zu motivieren. Sie werden über Ökostrom, PV-Nutzung, Heizungswechsel, Wärmedämmung etc. beraten und über Fördermöglichkeiten informiert.

Diese Beratungen finden flächendeckend und kostenlos und sich regelmäßig wiederholend statt.

Es sollen bis zu 50 Leuchtturmprojekte besonders gefördert und herausgestellt werden, die ihre Gebäude klimaneutral sanieren.

Antrag 4: Energiebezug

Die Stadt bezieht echten Ökostrom mit Grüner-Strom-Label und CO₂-neutrales Erdgas.

Die Grundversorger sollen dazu angehalten werden, auch die Grundversorgung auf CO₂-neutrales Erdgas und echten Ökostrom umzustellen.

Antrag 5: Klimaneutrale städtische Infrastruktur

- Bei städtischen Neubauten werden nur noch regenerative Wärmeträger verwendet.

- Alle städtischen Gebäude werden bis 2025 mit einer Wärmeversorgung aus erneuerbaren Energien versorgt.

- Alle geeigneten städtischen Dächer werden bis 2025 mit Photovoltaik-Anlagen bestückt.
- Neben der Energieeinsparung wird für die städtischen Gebäude auch Dach- und Fassadenbegrünung geprüft und umgesetzt, wo es möglich ist.
- Die Straßen- und Gebäudebeleuchtung wird bis 2025 komplett auf LED umgestellt.

Antrag 6: Bebauungs- und Flächennutzungspläne

Neue Bebauungs- und Flächennutzungs-Pläne, auch vorhabenbezogene, sollen so aufgestellt werden, dass

- keine fossilen Heizungen mehr genehmigt werden.
- alle geeigneten Dächer mit dachfüllenden Photovoltaik-Anlagen bestückt werden.
- In F-Plänen sollen vermehrt Mischgebiete ausgewiesen werden, um die Trennung von Wohnen und wohnverträglichen Gewerben aufzuheben.
- Für die Schaffung von Wohnraum und eine weitere Stadtverdichtung werden nur bereits versiegelte Flächen benutzt; die Bebauung von Grünflächen und Gärten wird vermieden.
- Bei der Planung von durch Mehrfamilienhäusern geprägten Gebieten werden kleinflächige Grünanlagen („Pocket Parks“) mitgeplant.
- Es wird bei der Auswahl von Baumaterialien immer die langfristige Erwärmung im Blick behalten und auf helle und klimafreundliche Materialien gesetzt, z.B. helle und geräuschmindernde Straßenbeläge

Antrag 7: Mobilitätskonzept

-Die Landesbuslinie soll zügiger durch die Stadt fahren, ohne die Schleife über die Waldstraße.

Die ÖPNV-Verbindungen in den Ortschaften sollen aus- und umgebaut werden, durch nachfrageangepasste, intelligente Lösungen, wie z.B. Bürgerbus, Anruf-Sammel-Taxi o.ä.

- Zusätzlich zum Carsharing soll ein Konzept zum Bikesharing (E-Bikes, Lastenräder) erstellt und umgesetzt werden.

-Es soll mehr Raum für Radverkehr und Fußgänger*innen geschaffen werden, indem z.B. MIV-Abbiegespuren umgewandelt oder MIV-Fahrbahnen verschmälert und zu Radwegen umgewidmet werden.

-Es sollen mehr Fahrradstraßen eingerichtet werden, u.a. als eine Fahrradzone in der Hauptstraße und den umliegenden Bereichen (zwischen Ernst-Boden-Str./Bahnlinie/Mittelweg-Auf den Würden/Schloßweide-Gesseler Straße) und eine weitere um das Schulzentrum herum.

-Die Stellplatzsatzung soll so umgestaltet werden, dass Bauherr*innen von der Herrichtung von Stellplätzen befreit werden, wenn sie nachweisen, dass sie weniger Pkw benutzen. Die nicht hergerichteten Stellplätze sollen Grünflächen werden.

-Durchgängig befahrbare Erschließungsstraßen in Wohngebieten können in Sackgassen (für den MIV) mit kleinen Grünflächen in der Mitte umgestaltet werden. Ein Pilotprojekt dazu soll spätestens 2022 anlaufen und öffentlichkeitswirksam begleitet werden.

Antrag 8: Naturschutz

Die Stadt soll Dauergrünlandflächen vorschlagen, die unter Landschaftsschutz gestellt

werden.

Die Stadt soll ein Leitbild für ein klimagerechtes Wassermanagement entwickeln. Wasser ist eine wertvolle, in Zukunft knappe Ressource, die nicht einfach abgeleitet werden muss. Dazu können Entwässerungsgräben verbreitert und nur teilweise geräumt werden, indem die Uferbereiche flacher und damit naturnäher gestaltet werden, sodass sich Bewuchs einstellen kann.

Ein öffentlichkeitswirksames Projekt, wo Dachentwässerung von Versickerung auf Verdunstung umgestellt wird, wird an einem stadteigenen Gebäude öffentlichkeitswirksam bis 2025 umgesetzt.

Aktuell existierende öffentliche Grünflächen werden nicht bebaut.

Antrag 9: Konsum und Ernährung

Die Beschaffung von Speisen und Lebensmitteln ist auf die Vereinbarung mit dem Ziel der Klimaneutralität zu überprüfen.

Speisepläne in städtischen Einrichtungen sollen im Hinblick auf die Faktoren regional, saisonal, biologischer Anbau und vegetarisch verbessert werden.

Regionale Wertschöpfungsketten sollen gefördert werden, z.B. durch Bauernmärkte, Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften, Solidarische Landwirtschaft oder Pop-Up-Hofläden regionaler Erzeuger*innen.

Projekte zum Urban Gardening sollen gefördert und ins Leben gerufen werden.

Finanzielle Mittel und organisatorische Unterstützung zur Förderung für Infrastruktur von Foodsharing sollen im definierten rechtlichen Rahmen bereitgestellt werden.

Antrag 10: Nachhaltigkeit

Bei von der Stadt genehmigten Veranstaltungen soll, soweit es geht, Mehrweggeschirr benutzt werden. In begründeten Ausnahmen soll Einweggeschirr aus nachwachsenden Rohstoffen erlaubt sein.

An öffentlichen Plätzen sollen Müllbehälter zur Verfügung gestellt werden, die eine Mülltrennung ermöglichen.

Außerdem soll z.B. durch das Anbringen von Pfandringen eine Pfandsammlung an öffentlichen Mülltonnen ermöglicht werden.

Bei Beschaffung von Verbrauchsgütern und Gerätschaften durch die Stadt soll auf Langlebigkeit, Reparierbarkeit, Energieeffizienz und Ressourcenverbrauch geachtet werden.

Antrag 11: Klimaneutrale Schule

Die Stadtverwaltung soll ein Leitbildprojekt für klimaneutrale Schulen ins Leben rufen, um die Schulen aktiv auf dem Weg zur Klimaneutralität zu unterstützen. Dabei soll unter anderem auf die Bereiche Ernährung/ Schulverpflegung, Energie und Mobilität eingegangen werden. Nach dem Erreichen der Klimaneutralität soll die Schule eine entsprechende Auszeichnung für ihr Engagement erhalten. Dabei ist eine regelmäßige Erneuerung vorgesehen, um den Titel beizubehalten.